

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis.....	3
Unsicherheit und Instabilität - Kontext und Schlüsselfaktoren	8
I) Schwache Staatlichkeit und umstrittene politische Grenzen	8
II) Mafiose Staatlichkeit und transnationale Mafia	11
Die Staaten der Region – ein Überblick.....	14
Kroatien	14
Serbien	17
Montenegro	21
Bosnien-Herzegowina	22
Kosovo	26
Mazedonien.....	28
Albanien	31
Das Jahr 2008 im Rückblick	33
I) Zentrale Ereignisse des Jahres	33
II) Der aktuelle Stand der EU- und NATO-Integration.....	37
Regionale Situation und Szenarien.....	41
Verwendete Literatur	45

Abkürzungsverzeichnis

BDI	Bashkimi Demokratik për Integrim
DS	Demokratska Stranka
DSS	Demokratska Stranka Srbije
HDZ	Hrvatska Demokratska Zajednica
HSP	Hrvatska Stranka Prava
EG	Europäische Gemeinschaft
EU	Europäische Union
EUFOR	European Union Force
FYROM	Former Yugoslav Republic of Macedonia
IPAP	Individual Partnership Action Plan
KFOR	Kosovo Force
LDK	Lidhija Demokratike e Kosovës
NATO	North Atlantic Treaty Organisation
PDK	Partia Demokratike e Kosovës
PDSH	Partia Demokratike Shqiptare
PfP	Partnership for Peace
PIC	Peace Implementation Council
PPD	Partia për Prosperitet Demokratik
RS	Republika Srpska
SAA	Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen
SPS	Socijalisticka Partija Srbije
UNO	United Nations Organisation
VRMO- DPNME	Vnatresno-Makedonska Revoluciona Organizacija - Demokratska Partija za Makedonsko Nacionalno Edinstvo



Vorbemerkungen

Die Kriege, die den Zusammenbruch des ehemaligen Jugoslawiens, begleiteten, sind mit der Ausnahme des Kosovo-Krieges von 1998/99 mehr als ein Jahrzehnt vorüber. Vordergründig waren es Konflikte, die sich entlang der Aufteilung des Ehemaligen Jugoslawiens entwickelten und in Form der Unabhängigwerdung der ehemaligen Teilrepubliken „gelöst“ wurden. Divergierende Machtinteressen schlugen sich in unterschiedlichen Souveränitätsansprüchen nieder, die gewaltsam ausgetragen wurden. So wollte Belgrad, ideologisch auf einer panserbischen Idee aufbauend, und mit der politischen wie logistischen Kontrolle über die Jugoslawische Volksarmee versehen, Jugoslawien in einen Staat mit monoethnischer Vorherrschaft umwandeln, während sich die bereits in einem hohen Maß selbständigen Teilrepubliken, allen voran Slowenien und Kroatien, dem widersetzen. Aus diesem Widerspruch lässt sich zwar der Verlauf der Kriege, aber nicht schon das Konfliktpotential und das Weiterbestehen von Spannungen, die latent noch immer Konfliktpotential in sich tragen, erklären.

Sich 2008 mit der Region zu beschäftigen, bedeutet in erster Linie sich mit den Nachwirkungen der Konflikte zu befassen bzw. nachzufragen, welche der damals entscheidenden Konfliktpotentiale in welcher Stärke und in welcher Variation noch immer vorhanden sind bzw. welche neuen Konflikt und Unsicherheit verheissende Faktoren sich wie auswirken werden. Handelt es sich also in erster Linie um Souveränitätsfragen, um die Fragen nach Grenzziehung und Machtausübung innerhalb der eigenen Grenzen und in manchen Fällen über diese hinaus, so hat sich vieles von diesem Konfliktpotential von außerhalb der Staatsgrenzen nach innen verschoben. Bezeichnend dafür sind die multinationalen Konfliktpotentiale, die zwar nicht kriegsauslösend waren, aber, so doch für die ideologische Vorbereitung der Kriegsführung herhalten mussten. Jetzt sind mittels internationaler Anerkennung und zwischenstaatlichen Friedensverträgen alle Souveränitätsfragen einschließlich der des Kosovo gelöst. In fast identer Weise bleiben jedoch die früheren Republiksgrenzen überschreitenden

Konfliktpotentiale bestehen. Sie haben ihr politisches Unruhepotential nun nur verlagert und äußern sich in miteinander kommunizierender Weise einerseits in der nur widerwilligen Duldung nationaler Minderheiten und andererseits ihrer nur allzu schnellen Sezessions- und Anschlußbereitschaft an den benachbarten Mutterstaat. Allein das dem Westbalkan zugeschlagene Albanien, dessen ethnische Nation sich mit der politischen Nation fast komplett überdeckt, fällt hier aus dem Rahmen und erbringt damit gleich den Beweis für die analytische Dünne der Prägung des politischen Begriffs Westbalkan. D.h. zwar nicht, dass das Überdecken von ethnischen mit politischen Grenzen innen- und zwischenpolitische Konflikte ausschaltet. Es bedeutet jedoch, dass die für das Ehemalige Jugoslawien typischen grenzüberschreitenden Konflikte in Albanien in viel geringerer Intensität bzw. in anderer Form auftreten.

Länderspezifisch auch zwischen den Nachfolgestaaten des Ehemaligen Jugoslawiens war der äußere Einfluss auf die Konflikte und die politische Entwicklung der neuen Staaten und zwar insbesondere was das Engagement internationaler Akteure und insbesondere der Internationalen Gemeinschaft betrifft. Die Internationalisierung der Konflikte und die Internationalisierung der Nachkriegsordnung und des Nachkriegswiederaufbaus ist ein bezeichnender Faktor in der politischen und sozio-ökonomischen Entwicklung der Nachfolgestaaten. Die Einschränkung der Souveränität, die oft aber auch einem Ausgleich durch „fremde“ Souveränität gleichkommt, ist dabei von besonderer Bedeutung. Das Spektrum reicht dabei von gänzlich souveränen Staaten wie Kroatien, Serbien, Montenegro und Albanien über solche mit leicht eingeschränkter Souveränität wie Mazedonien, auf dessen Territorium jahrelang kleinere Kontingente von NATO- und EU-Truppen stationiert waren bis hin zu Bosnien-Herzegowina und dem Kosovo, in dem in ebenfalls unterschiedlicher, aber in beiden Fällen doch tiefgreifender Weise Souveränität - in Fragen der militärischen Sicherheit und auch im Bereich der wichtigsten politischen Entscheidungen – eingeschränkt bzw. ersetzt war und noch immer ist.

Unterschiedlich ausgeprägt sind länderspezifisch auch die Fähigkeiten und Unterschiede in der Bereitschaft zur Wiederaufnahme gutnachbarschaftlicher Beziehungen bzw. zu Nachbarstaaten und benachbarten Regionen bzw. einer gewollten Distanz mit einer Annäherung nur an einzelne Nachbarstaaten bzw. (regionale) Großmächte. Auch dies ist v.a. durch die ethnische Nähe zum Mutterstaat bestimmt, etwa die der bosnischen Serben zu Serbien bzw. der bosnischen Kroaten zu Kroatien. Die Fähigkeit gutnachbarschaftliche Beziehungen auch zu „ethnisch fremden“ Nachbarstaaten oder gar zu einstmals feindlichen Nachbarstaaten aufzunehmen, ist deutlich eingeschränkt, umso mehr als großnationale Ambitionen dieser Nachbarstaaten in unterschiedlichem Ausmaß noch nicht aufgegeben wurden. Eine weitere Aspekt ist die besonders ausgeprägte Beziehung und Unterstützung Russlands für Serbiens, die dem guten Verhältnis und der ausgeprägten Unterstützung des Kosovo durch die USA entspricht.

So ist zwar eine allgemeine politische Bewegung hin zur Vollmitgliedschaft zu NATO in der Region unübersehbar, freilich ist die neutralistische Einstellung Serbiens sowie der Republika Srpska ein ernstzunehmendes Hindernis für eine weitere und tiefere NATO-Integration. Die Annäherung an die Europäische Union ist jedoch ein regionaler Trend, der auch die Staaten umfasst, die der tieferen transatlantischen Integration misstrauisch bis ablehnend gegenüberstehen, was wohl auch dem davon unterschiedlichen ökonomisch orientierten *soft power approach* der Europäischen Union zu verdanken ist, der auch deutlich weniger kostenintensiv ist, was den materiellen Einsatz und vielversprechender, was die Ressourcenverteilung angeht.

Auf dem Gebiet des Ehemaligen Jugoslawien, d.h. in und unter den Nachfolgestaaten gibt es teils abhängig, teils unabhängig von ethno-nationalen Fragestellungen auch ein „gewöhnliches“ zwischenstaatliches Konfliktpotential wie es beispielsweise in den gespannten bilateralen Beziehungen zwischen Kroatien und Slowenien wegen der Fischereizone und der Meeresgrenze, zwischen Bosnien-Herzegowina und Kroatien wegen der

Errichtung der Brücke über die Halbinsel Pelješac oder den Spannungen zwischen Mazedonien (und Montenegro) und Serbien wegen der Errichtung der autokephalen mazedonisch-orthodoxen (montenegrinisch-orthodoxen) Kirche auftritt.

Nach einem allgemeinen Teil, der den Kontext und die Schlüsselfaktoren, die zu Unsicherheit und Instabilität in der Region beitragen, thematisiert, wird im folgenden die Situation in der Region anhand einzelner kurzer Fallstudien analysiert, dazu ein regionaler Überblick gegeben und anhand von Szenarien Entwicklungen im Hinblick auf Sicherheit und Stabilität skizziert.¹

Unsicherheit und Instabilität - Kontext und Schlüsselfaktoren

I) Schwache Staatlichkeit und umstrittene politische Grenzen

Es ist müßig, darüber zu spekulieren, ob der Zerfall des Ehemaligen Jugoslawien hätte verhindert werden können oder sollen. Fest steht: dieses europäische Staatengebilde zwischen den beiden Blöcken ist, fast ein Jahrzehnt nachdem seine mythisch verklärte Führungsfigur die politische Bühne verlassen hat, zerfallen und das in gewalttätigen militärischen Auseinandersetzungen. Obwohl der Zerfall häufig als komplex und schwer durchschaubar angesehen wird, liegen die primären Konflikthalte doch offen zu Tage. Es war dies in erster Linie der fehlende Konsens für einen supranationalen Kompromiss in der Frage der Staatsorganisation und der Anerkennung bestehender politischer Grenzen in einem multinationalen

¹ Wie schwierig es ist, regionale Szenarien zu entwickeln, die sich ein Stück weit vom Status quo und auch ein Stück weit von den regionalen Akteuren lösen, zeigt das Beispiel der von Ivan Krastev im Gefolge des Kosovokrieges 1999 erstellten Szenarien, die alle drei einer Logik minimaler Veränderung verhaftet blieben und die Möglichkeit der Unabhängigkeit des Kosovo überhaupt nicht in Betracht zogen, übrigens auch nicht die Auslieferung von Slobodan Milošević an das Internationale Kriegsverbrechertribunal. Vgl. Ivan Krastev, Facing the Political Risk in South Eastern Europe, in: Südosteuropa Mitteilungen 39(1999)2.

Kontext.² Vielmehr wurde seitens Belgrads versucht, nationale und supranationale Grenzen durch einen hegemonialen Nationalismus zur Deckung zu bringen. Angesichts der bereits begonnenen erzwungenen Umgestaltung des Staates versuchten die noch unabhängigen Republikführungen³ diesem Schicksal durch den Austritt aus dem Staatsverband und die internationale Anerkennung zu entkommen. Als Belgrads politisch-diplomatische Manöver versagten, hob es den Konflikt mit Hilfe der Jugoslawischen Volksarmee auf eine militärische Ebene und versuchte die Teilrepubliken mit Gewalt im Staatenverband zu halten. Als auch dies nicht gelang, kam die letzte *Fall-back*-Option zum Tragen: mit Hilfe der serbischen Bevölkerung in den unabhängigen und international anerkannten Staaten, die zum Aufstand gedrängt wurde, wurde versucht, an der Grenze zu Serbien gelegene semi-souveräne, monoethnisch gesäuberte Territorien zu schaffen, die dann mittelfristig an das „Mutterland“ angeschlossen werden sollten. Diese ideologisch großnationalen politischen Ansprüche durchzusetzen gelang Serbien in Kroatien zumindest kurzfristig und in Bosnien-Herzegowina durch die Schaffung der Republika Srpska wohl auf unbestimmte Zeit. Dort erhielt das Ergebnis der ethnischen Säuberung Ostbosniens nach dem Abschluss des Friedensvertrags von Dayton 1995 sogar offizielle internationale Weihen und bis heute bildet die innere Teilung Bosnien-Herzegowinas eines der wichtigsten institutionellen Hindernisse auf dem Weg der staatlichen und gesellschaftlichen Reintegration. Der „Fall“ Kosovo sticht hier als ein besonderer heraus: einerseits bildet die politische und militärische Entmachtung der Autonomen Provinz den Anfang des jugoslawischen Zerfalls, andererseits bildet es den Höhepunkt der großnational hegemonialen Politik Großserbiens: entlang der ideologischen

² Hier liegen auch die großen Unterschiede zu den politischen Umwälzungen in Osteuropa. So sind zwar die Transformationsprozesse in den neuen post-kommunistischen Systemen Osteuropas mit den post-jugoslawischen Nachfolgestaaten durchaus und mit analytischem Nutzen miteinander vergleichbar, nicht aber die zugrunde liegenden Motive für den Staatszerfall. Hier würde ein Vergleich mit der Sowjetunion und der Rolle Russlands wohl mehr Sinn machen, gerade auch in der ähnlichen Nutzung unterschiedlichster und oft widersprüchlicher ideologischer Begründungen wie etwa Staatssozialismus und Nationalismus für den Erhalt oder den Zugewinn eigener Vormachtsstellung.

³ Die Republikführung in Montenegro sowie die der autonomen Provinzen Vojvodina und Kosovo hatte Milošević bereits durch seine Alliierten ersetzen lassen.

Figur des politisch mystifizierten Amselfeldes, erscheint der Kosovo als serbisches Territorium, in dem die falsche Bevölkerung lebt. Hier entsteht überhaupt nicht die Notwendigkeit, offensiv territoriale Landnahme zu betreiben: von Anfang an wird der Kosovo als ausschließlich serbisches Land essentialisiert, wodurch die Vertreibungspolitik von 1998/99 als praktikable Lösung erscheint.

Wie beeinflusst nun die Aushöhlung und Missachtung von Souveränitätsgrenzen und der Primat von ethnischen über politische Grenzen, der nicht nur die gewaltsamen Konflikte prägte, sondern wie sich am Beispiel Bosnien-Herzegowinas zeigt, auch die Nachkriegsordnung bestimmt, die aktuelle Lage in der Region? Stehen die politischen Grenzen nun fest und sind sie zumindest mittelfristig (ge)sicher(t)? *Grosso modo* könnte man sagen ja, aber Das *Ja* bezieht sich auf die Grenzen, die international anerkannt sind und von den internen Akteuren und den Nachbarstaaten anerkannt werden, das *aber* auf die von den inneren Akteuren sowie den Nachbarn infragegestellten Grenzen. Dies gilt insbesondere für Bosnien-Herzegowina/die Republika Srpska und den Kosovo. Im letzteren Fall wird diese Grenze sogar von der Großmacht Russland infragegestellt, was zwar nicht für die Kohärenz der russischen Position, wohl aber für russische Großmachtambitionen in Europa spricht.

Wie ist es nun um die schwache Staat(lichkeit)en in der Region bestellt und wie misst man diese ? Wieder könnten einem zuerst Bosnien-Herzegowina und der Kosovo einfallen und man als „Maßeinheit“ Souveränität und innere wie äußere Legitimität festlegen. Dann würden auf der einen Seite das internationale Engagement, das die Kontrolle über das eigene System einschränkt, und auf der anderen Seite die nur schwache Zustimmung der Bevölkerung eines Staates zum Staat, in dem sie gegenwärtig leben, schwache Staatlichkeit charakterisieren.⁴

⁴ Ulrich Schneckener weist darauf hin, dass bei der Beurteilung fragiler Staatlichkeit nicht nur die Aufrechterhaltung des Gewaltmonopols und die Fähigkeit Sicherheit zu garantieren

II) Mafiose Staatlichkeit und transnationale Mafia

Es ist aber nicht nur der im Bezug auf Souveränität nach außen und innen schwache Staat, der hier ein Problemfeld eröffnet. Es ist auch der durch den kriegs- und krisenbedingte Wechsel der sozio-ökonomischen Strukturen und Machtverhältnisse sowie der durch das ideologische Vakuum bedingte dramatische Wertewandel und die generelle Entwertung von verbindlichen Regeln und Normen, die ein enormes Sicherheits –und Stabilitätsrisiko bilden. Zwar hat es keine Stunde Null in der Errichtung der neuen politischen und sozialen Strukturen gegeben, dennoch sind in den einzelnen Ländern unterschiedlich stark die sozialen und multinationalen Milieus sowie die Rekrutierungsvoraussetzungen für die ökonomischen und politischen Eliten verändert worden. Man kann nun nicht sagen, dass dies v.a. oder ausschließlich in den direkt vom Kriege betroffenen Gebieten geschehen ist. Direkte Kriegereignisse und die weit verbreiteten ethnischen Säuberungen haben jedoch spezifische Ergebnisse hervorgebracht, die in anderen Fällen fehlen, so etwa die gezielte Vertreibung und Auslöschung von Entscheidungsträgern aus den ethnisch gesäuberten Gebieten und die Ersetzung von multiethnischen Milieus und Institutionen (Gemeindeverwaltungen, Schulen, Krankenhäusern, Gemeindeverwaltungen etc.), die Verteilung früher öffentlicher oder privater Kriegsbeute oder der rasche Aufstieg und die überdurchschnittliche Vertretung von Angehörigen paramilitärischer und militärischer Institutionen, die im Dienst staatlicher Akteure die Schmutzarbeit des Krieges leisteten.⁵

Überall weit verbreitet und unabhängig von den eigentlichen Kriegsschauplätzen ist der Aufstieg von Kriegs- und Krisengewinnlern, sei es

notwendig sind, dass diese Funktion aber zweifellos elementar ist, vgl. Schneckener, Ulrich, (Hrsg.), Fragile Staatlichkeit. „States at Risk“ zwischen Stabilität und Scheitern, Baden-Baden 2006, S 21

⁵ Den Unterschied zwischen modernen *warlords* in anderen Teilen der Welt und der staatsinduzierten, in Arbeitsteilung zum Militär organisierten Rolle im Falle Jugoslawiens arbeitet Wolfgang Höpken heraus, vgl. Höpken, Wolfgang, Performing Violence. Soldiers, Paramilitaries and Civilians in the Twentieth – Century Balkan Wars, in: Alf Lütke/Bernd Weisbrod (eds.), No Man’s Land of Violence. Extreme Wars in the 20th Century, Göttingen 2006

durch illegale Waffenankäufe für die unter dem UN-Waffenembargo stehenden jugoslawischen Nachfolgestaaten, die Übernahme ehemals staatlicher bzw. sozialisierter Betriebe und Infrastruktur, die zur Entwicklung einer Schicht neureicher „*Taikune*“ (Tycoons) führte, die teils aus den traditionell sozialistischen Milieus, teils aus den von der sozialistischen Machtteilhabe traditionellerweise ausgeschlossenen Schichten sowie teils aus sehr niederen bzw. kriminellen Milieus stammten. Politisch verwaltet wurden diese Prozesse der ökonomischen und politischen Machtumverteilung in erster Linie von den nationalistischen Parteien, die an die Spitze der neuen Staaten gewählt wurden. Wo das nicht passierte, waren die Nutznießer des dramatischen politischen und sozio-ökonomischen Wandels in erster Linie die alten kommunistischen Kader, die sich aber ebenfalls nationalisierten.⁶ Gutes Beispiel für ersteres ist etwa die HDZ in Kroatien, für letzteres die SPS in Serbien. Dadurch entstand ein Klüngel- und Klientensystem, das die eigenen Parteigänger und –Wählerkreise bei der Verteilung öffentlicher Ressourcen bevorzugte und sie damit mittel- bis langfristig an die Parteien bindet. Diese wiederum sind keine Parteien im klassischen Sinn, sondern fungieren als Interessenskoalitionen und Positionsbeschaffungsorganisationen, in denen nicht nur Parteiloyalität, sondern auch oder sogar stärker regionale, lokale und verwandtschaftlich-familiäre, stark nepotistische und Patronage-Elemente repräsentiert sind.⁷ Die Dominanz solcher Parteien über Jahre hinweg hat nicht nur oppositionelle Gruppierungen und Parteien geschwächt und von der Macht ferngehalten, es kommt damit auch zu einem Stillstand und zur Verknöcherung des politischen Systems bei einer gleichzeitigen Abwärtsspirale in der Qualität politischen und öffentlichen Personals. Dazu kommt eine enge Verflechtung politischer und ökonomischer Kreise mit mafiosen und kriminellen Elementen, deren Bedeutung seit der politischen und ökonomischen Neuverteilung der Macht immer mehr gestiegen ist. In

⁶ Den unvollkommenen Machtwechsel, der ohne Elitenaustausch und durch die Kooperation alter und neuer Eliten eine echte Demokratisierung verhindert, analysiert Klaus von Beyme schon sehr früh für Osteuropa, in: von Beyme, Klaus, Systemwechsel in Osteuropa, Frankfurt am Main, 1994, siehe insbesondere Kapitel 5; Seine Schlussfolgerungen sind aber auch für das Ehemalige Jugoslawien zutreffend.

⁷ vgl. dazu Zürcher, Christoph, Gewollte Schwäche. Vom schwierigen analytischen Umgang mit prekärer Staatlichkeit, in: Internationale Politik 60(September 2005)9

dieser Hinsicht sind sich beide Bestandteile dieses Konglomerats nützlich: Politiker benutzen und benützen Kriminelle für politische Zwecke, Mafiosi verdienen an politischen „Aufträgen“. Sie verdanken dies nicht nur dem engen Kontakt zu der neu aufgestiegenen Klasse politischer und ökonomischer Machttäger, sondern auch ihrer transnationalen Orientierung. Abgesehen von den ökonomischen Akteuren sind es v.a. die kriminellen Organisationen und mafiose Zirkel, die gegen eine Ausweitung ihrer territorialen Basis weit über das nationale Territorium hinaus nicht nur nichts einzuwenden haben, sondern ihr „Arbeits- und Investitionsgebiet“ ständig regional und europaweit und mitunter sogar global auszuweiten trachten. Sie haben dabei, im krassen Unterschied zur ideologischen Orientierung der neuen Staaten auch nichts gegen multinationale Mitgliedschaftsstrukturen einzuwenden, diese helfen ihnen im Gegenteil dabei, ihre Operationsbasis auszuweiten.⁸

⁸ Siehe dazu auch: Riegler, Henriette, *State Violence, State Weakness – Explaining the Plethora of Security Risks and Instabilities in South East Europe*, in: Philipp H. Fluri/Gustav E. Gustenau/Plamen I. Pantev (eds.), *The Evolution of Civil-Military Relations in South East Europe*, Heidelberg 2005

Die Staaten der Region – ein Überblick

Kroatien

Kroatien ist der am schnellsten zu den mittel-osteuropäischen aufschließenden Transformationsstaaten. Jahrelang aufgrund des Krieges in Kroatien, während dessen ein Drittel des kroatischen Territoriums besetzt war und seiner Außenpolitik, dem militärischen Engagement im Bosnienkrieg auf Seite der bosnischen Kroaten in die Sukzessionskriege involviert, gelang es erst mit der Beruhigung der Sicherheitslage, den Rückeroberungsaktionen Blijesak und Oluja 1995, dem Friedensschluss von Dayton 1995, dem Friedensabkommen von Erdut 1995 über die friedliche Reintegration von Ostslawonien sowie vor allem nach dem Tod der nationalen Führungsfigur Franjo Tuđman 2000 einen politischen Richtungswechsel in der Nachbarschafts- und der Europapolitik einzuleiten. Einmal auf diesem Wege befindlich, konnte Kroatien sein Potential ausschöpfen und sich relativ rasch und erfolgreich der Annäherung an die Europäische Union und die NATO widmen. Dazu trägt seine geopolitische Position an der Schnittstelle zwischen Mitteleuropa und dem Balkan bei, sowie seine im Vergleich zu den anderen Nachfolgestaaten sehr erfolgreiche ökonomische Performance. Der Aufbau der Armee und des Sicherheitsapparats ist mehr oder weniger abgeschlossen, Sicherheitsprobleme großen Stils bestehen keine, die Haltung zu Bosnien-Herzegowina ist mehr oder minder geklärt und sieht folgendermaßen aus: die bosnischen Kroaten werden politisch unterstützt und sind durch ihre Doppelstaatsbürgerschaft und dem damit verbundenen Wahlrecht nach wie vor ein sicherer Mehrheitsbeschaffer für die HDZ⁹ in- und außerhalb Kroatiens. Territoriale Ambitionen Kroatiens bzw. die Unterstützung

⁹ Dieses Faktum war aber für den Wahlerfolg der HDZ bei den letzten Parlamentswahlen nicht gewinnentscheidend, siehe dazu Riegler, Henriette, Kroatien und Westlicher Balkan. Zur aktuellen Lage der Region, in: Friedrich Ebert Stiftung (Hg.), Blickpunkt Kroatien, Nr.2 Juli 2008

einer secessionistischen Bewegung wie sie in der Herzegowina latent vorhanden ist, sind aber keine politische Option.

Spannungen gibt es hingegen, was die bilateralen Beziehungen zu Bosnien-Herzegowina und Slowenien betrifft. Im Falle Bosnien-Herzegowinas geht es dabei um die kroatischen Pläne einer Brücke, die die kroatische Halbinsel Pelješac mit dem kroatischen Festland verbindet. Damit umgeht Kroatien den schmalen bosnisch-herzegowinischen Küstenstreifen bei Neum und gewinnt einen strategisch wichtigen, vollkommen auf kroatischem Territorium verlaufenden Verkehrsweg. Der Streit mit Slowenien über den exakten Verlauf der Meeresgrenze zwischen Kroatien und Slowenien ist mittlerweile einer von internationaler Arbitrage, bei dem Kroatien gute Chancen auf einen zu seinen Gunsten ausgehenden Schiedsspruch hat. Slowenien versucht allerdings die von Kroatien ausgerufene Fischereizone als Argument der Blockade Kroatiens bei den EU-Beitrittsverhandlungen zu nutzen. Neben diesen Konflikten mit niedrigem Konfliktpotential gibt es ein höheres latentes Konfliktpotential in Bezug auf den Nachbarstaat Serbien.

Obwohl auf der diplomatischen Ebene die Beziehungen zu Serbien relativ störungsfrei sind – rezente Ausnahme waren die Unruhen in Belgrad und anderen serbischen Städten gegen die diplomatischen Vertretungen jener Staaten, die die Unabhängigkeit des Kosovo anerkannten - hat Serbien seine expansionistischen Ideen nicht aufgegeben. Ist dies im Bezug auf den Kosovo und Bosnien-Herzegowina ziemlich eindeutig, gibt es auch in Richtung Kroatien immer wieder die Einschätzung Serbiens, der „Verlust“ der serbischen Aufstandsregionen in der Krajina sei ungerecht und vielleicht zukünftig doch rückgängig zu machen. Eine besondere Rolle spielt dabei die Rückkehr des ruralen Teils der kroatisch-serbischen Minderheit. Während der kroatischen Militäraktionen zum größten Teil nach Serbien geflüchtet, ist sie bis heute nur zu einem kleinen Teil nach Kroatien zurückgekehrt. Diese Gruppe wird von Serbien in Fortsetzung seiner expansionistischen Politik weiterhin mobilisiert und als Faustpfand für weitere außenpolitische Manöver betrachtet. Die kroatischen politischen Reaktionen darauf sind ambivalent, da die Internationale Gemeinschaft sowie die EU die Rückkehr der Flüchtlinge

als wichtigen Teil des kroatischen Normalisierungsprozesses betrachtet, andererseits aber die sicherheitspolitische Dimension wie auch ein mitunter sehr ethnischer Nationsbegriff die Rückführung dieser Gruppe zu einem nicht besonders wünschenswerten Projekt macht. Seinen Unwillen zur territorialen Wiederansiedelung – der durchaus mit dem Widerwillen der jüngeren Generation der Flüchtlinge, in eine periphere Region Kroatiens ohne ökonomische Prosperität zurückzukehren korrespondiert - transformiert Kroatien innerhalb des innerstaatlichen Rahmens, indem es alle seine Verpflichtungen des Minderheitenschutzes erfüllt und die serbische Minderheit auch in der Regierung vertreten ist. Da die Reintegration einer zum ethnischen Mehrheitsstaat benachbart lebenden ethnischen Minderheit immer ein langfristiges Projekt ist, scheint mir hier das am stärksten langfristig bestehen bleibende Sicherheitsproblem zu liegen, dass sich genauso auf die kroatische Souveränität, einen möglichen neuerlichen territorialen Konflikt mit Serbien oder auch nur auf das politisch-diplomatische Druckmittel Serbiens mit „seinen“ Flüchtlingen Kroatien gegenüber bezieht. Das macht die sozial, territorial und politisch zersplitterte serbische Minderheit einerseits verwundbar für politische Angriffe nationalistischer Kreise, aber auch anfällig für die eigene nationalistische Mobilisierung und für die Stilisierung als „ewiges“ Opfer kroatischer Politik, dem vom „Mutterland“ beigestanden werden muss.

Ein weiteres eher gesellschaftlich relevantes, aber durchaus auch europäisches Sicherheitsproblem ist die im Krieg, aber auch als Folge des ideologischen wie institutionellen Vakuums entstandene Verkettung und teilweise sogar Verschmelzung politischer mit kriminellen Akteuren. Das hat zu schwach entwickelnden rechtsstaatlichen Institutionen etwa im Bereich der Rechtssprechung, der Polizei oder der staatlichen Verwaltung geführt. In einer Mischung aus direkter und indirekter politischer Einflussnahme und enorm unbalancierter ökonomischer Machtverhältnisse durch die im politischen Umbruch und der staatsnahen Privatisierung entstandenen Schicht von sog. Taikunen und Neureichen entstand ein korrupt agierendes Klientelsystem, das

nur schwer zu kontrollieren und noch schwerer zu beseitigen ist, basiert es doch nicht nur auf politischen und ökonomischen, sondern oft auch auf regional/lokalen und oft auch verwandtschaftlichen Beziehungen. In diesem Bereich ist auch deutlich zu sehen, dass der Staat und eine kritische Öffentlichkeit die einzigen sind, die diesen Prozess der Macht- und Ressourcenamalgamierung wenn schon nicht beseitigen, so doch begrenzen können. Unterstützt werden müssten sie durch europäische und internationale Polizeibehörden und Antikorruptionsagenturen. Aber auch die politisch oft gestörte regionale Zusammenarbeit hätte hier ein noch viel größeres Betätigungsfeld: denn im Unterschied zu dem oft an nationale Grenzen gebundenen Aufklärungswesen ist die Kooperation zwischen Mafiabanden und korrupten Akteuren in Politik, Administration und Ökonomie meist frei von ethnischen Ressentiments und ist nationalen Grenzen grundsätzlich abhold.

Serbien

Serbien hat eigentlich, betrachtet man die Lage von vor zwanzig oder auch von vor zehn Jahren, was seine ideologischen nationalen Ambitionen angeht, keine große Veränderung durchgemacht. Zum Unterschied zu früher ist es Serbien heute nur nicht mehr möglich seine territorialen Ambitionen militärisch durchzusetzen. Dass es seine ideologischen wie auch strategischen Ziele aber durchaus unverändert beibehält, zeigt sich etwa an der Außenpolitik gegenüber Bosnien-Herzegowina, wo die durch die ethnischen Säuberungen entstandene bosnisch-herzegowinische Entität Republika Srpska noch immer als ein potentiell sich von Bosnien-Herzegowina abzuspaltendes Territorium begriffen wird, dessen secessionistische Ambitionen offen unterstützt werden. Wie unverändert die politisch-diplomatische Orientierung ist, zeigt sich am stärksten in der Haltung zum Kosovo. Es gibt keine international verhandelte Lösung, die für Belgrad akzeptabel wäre. Das zeigen die 2007 gescheiterten Statusgespräche ebenso wie die gescheiterten Friedensgespräche vor der internationalen Intervention 1999 und sämtliche politischen Initiativen seit den

80er Jahren. Was sich geändert hat, ist der internationale Zugang zum Kosovo. Nach langen Jahren des Abwartens und der Passivität hat sich die internationale Gemeinschaft entschlossen, einen endgültigen Status für den Kosovo durchzusetzen. Seit der Intervention von 1999 sind internationale Friedenstruppen im Land und nachdem alle anderen Mittel ausgeschöpft waren, ist der Kosovo 2008 zumindest teilweise international anerkannt worden und ist nun ein unabhängiger Staat unter europäischer Überwachung. Serbien hat, seit dem es den militärisch-bürokratischen Zugriff auf den Kosovo verloren hat, versucht, dies durch die enge materielle Anbindung der kosovarischen Serben an Belgrad zu konterkarieren und es mit diplomatisch-politischem Druck auf die Internationale Gemeinschaft und die EU wettzumachen. Dieses reaktive Verhalten hat Serbien einige Erfolge gebracht und war schlussendlich doch ein Pyrrhus-Sieg: zwar hat der hinhaltende Widerstand Serbiens eine Kosovo-Lösung hinausgezögert, verhindern konnte er die Anerkennung durch wichtige Staaten der Internationalen Gemeinschaft und der EU aber schlussendlich nicht. Was jedoch gelungen ist, ist es die Anerkennung in den internationalen Gremien und Organisationen als umstrittene Frage zu verankern.¹⁰

Dieses bilaterale Konfliktpotential, das von serbischer Seite überhaupt nicht als bilaterale Frage begriffen wird, sondern als ein zu Unrecht internationalisiertes und zu einer Souveränitätsfrage umgedeutetes internes serbisches Problem, hat aufgrund seines politisch-ideologischen Charakters wenig Aussichten auf Entspannung. Das politische Mobilisierungs- wie das gesellschaftliche Spannungspotential wird bestehen bleiben und das bedeutet, dass eine militärisch-territoriale Umschreibung des Status quo immer wieder dann möglich ist, wenn sich die lokalen und regionalen Machtverhältnisse ändern sollten.

¹⁰Darüber hinaus gab es einen weiteren geopolitischen Nutznießer: Russland. Als einer der vehementesten Gegner einer Anerkennung des Kosovo setzt Russland die Kosovofrage mit den georgischen abtrünnigen Republiken Abchasien und Ossetien gleich.

In Brüssel ist man bemüht, Zusagen Belgrads in der Frage der Auslieferung der Kriegsverbrecher (Stichwort: Ratko Mladić) sowie eines Kompromisses in der Kosovofrage mit der zunehmenden Annäherung Serbiens an die Europäische Union zu verknüpfen. Die politisch zweigeteilte Landschaft Serbiens reagiert darauf dementsprechend: das rechts-nationalistische Lager reicht dabei von der Radikalen Partei - deren Ehrenvorsitzender noch immer der in Den Haag vor Gericht stehende Kriegsverbrecher Vojislav Šešelj ist¹¹ - bis hin zur Demokratischen Partei Serbiens (DSS) Vojislav Koštunićs, während das liberal-demokratische Lager die DS (Boris Tadić in der Nachfolge Zoran Djindjićs) und alle Parteien liberaleren Zuschnitts wie G-17 und die Liberale Partei von Čedo Jovanović umfasst. Während die Rechten strikt gegen eine Verquickung der Auslieferung der Kriegsverbrecher und der Kosovofrage mit der EU-Mitgliedschaft sind, bzw. für diesen „Preis“ eine Annäherung an die Union ablehnen und darüber hinaus generell eine stark anti-europäische Haltung an den Tag legen, wollen sich die demokratischeren Parteien die europäische Option offen halten (DS) bzw. unterstützen sie (G-17, Liberale Partei). Besonders DS und auch G-17 wollen dabei die EU-Perspektive für innenpolitische Erfolge nutzen und drängen ihrerseits wieder die EU, die Annäherung Serbiens noch zu beschleunigen.

Die politischen Ereignisse des letzten Jahres spiegeln diese Zweiteilung und den innenpolitisch-europäischen Konnex deutlich wider. War bei den Parlamentswahlen 2007 die Radikale Partei noch stimmenstärkste Partei, kam es bei den Präsidentschaftswahlen 2008 zu einem Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen Boris Tadić und dem Parteichef der Radikalen, Tomislav Nikolić. In der Stichwahl konnte sich Boris Tadić knapp durchsetzen. In den vorgezogenen Parlamentswahlen im Mai 2008 – für das Scheitern der Regierung war die unterschiedliche Positionierung zu den Verhandlungen mit der EU ausschlaggebend¹² - kam es neuerlich zu einem Patt zwischen den

¹¹ so wie seinerzeit Slobodan Milošević „seine“ Sozialistische Partei noch aus seiner Zelle in Den Haag leitete

¹² Nach der Unabhängigkeitserklärung des Kosovo und der Anerkennung durch viele EU-Staaten, war die DSS, die Radikalen und die Sozialisten für den Abbruch der Verhandlungen mit der EU, während DS und G-17 auf einer weiteren Annäherung und der Unterzeichnung

beiden politischen Lagern. Schließlich kam es zu einer lagerübergreifenden Regierungskoalition, die sich aus der von der DS angeführten europafreundlichen Wahlallianz, den Sozialisten der ehemaligen Milošević-Partei und den Parteien der ethnischen Minderheiten (Bošnjaken, Kroaten und Ungarn) zusammensetzt.

Es scheint, als ob die Politik der Europäischen Union Serbien mit der Karotte des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens, der Eintrittskarte zu den eigentlichen Beitrittsverhandlungen zu ködern, zumindest ansatzweise Erfolg hatte: überraschend wurde im Juli 2008 der lang gesuchte Kriegsverbrecher Radovan Karadžić in Belgrad festgenommen, exakt dann, als in Brüssel über das Inkrafttreten des im April paraphierten SAA beraten wurde. Dieses wurde, obwohl der ebenfalls in Serbien vermutete Ratko Mladić noch auf der Flucht ist, mittlerweile abgeschlossen.¹³

Die Frage der politischen Transformation und Demokratisierung Serbiens bleibt damit weiter offen: wird die endgültige Auslieferung aller Kriegsverbrecher gelingen? Wird die Kosovofrage weiterhin zum Inventar der Mobilisierung für die serbische Innenpolitik zählen und damit weiterhin sicherheits- und stabilitätspolitischen Sprengstoff für die gesamte Region bilden oder wird es eine weniger ideologische, pragmatischere Haltung auch gegenüber dem Kosovo geben? In dieser Hinsicht bildet die Frage der Beziehung Serbiens zum Kosovo geradezu den Kern der Demokratisierung Serbiens. Wenn die serbische Politik ideologisch auf Expansionskurs bleibt, dann wird diese sicherlich nicht mehr die gleiche (militärische) Form haben wie zu Beginn der 90-er Jahre, sie ist aber sicherlich noch in der Lage, in Nachbarstaaten mit schwacher Staatlichkeit auf vielfältige Weise zu intervenieren und die anderen Nachfolgestaaten politisch-diplomatisch zu destabilisieren.

des in wesentlichen Punkten bereits verhandelten Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens mit der Europäischen Union beharrten.

¹³ Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass vor der Abstimmung über das SAA im serbischen Parlament die serbische Radikale Partei zerfiel: der pragmatischere Teil um Tomislav Nikolić, der für das Abkommen stimmen wollte, stand dabei der Fraktion gegenüber, die die Anweisung, das Abkommen abzulehnen, direkt von Vojislav Šešelj aus Den Haag bekam. Die Machtprobe endete mit dem Rücktritt und späteren Parteiausschluß von Tomislav Nikolić, der eine neue Partei gründete: Napred, Srbijo/Vorwärts Serbien.

Eine in den letzten Wochen vielleicht ein wenig untergegangene Entwicklung scheint einen neben der Unabhängigkeit des Kosovo weiteren Abschluss des jugoslawischen Zerfalls zu bedeuten: die Vojvodina, genauso wie der Kosovo durch Milošević seiner territorialen Autonomie in den 90er Jahren beraubt, hat die Wiederherstellung seines früheren Status angestrebt und erreicht. Somit scheinen zumindest vorläufig Serbien seine politischen Grenzen, wenn auch gegen seinen ausdrücklichen politischen Willen, klar gemacht worden zu sein.

Montenegro

Montenegro ist ein relativer junger Staat. Erst seit einem Referendum im Mai 2006, in dem sich knapp mehr als die von der EU zur Grenze für einen Erfolg des Referendums erhobenen 55% für die Unabhängigkeit aussprachen, ist Montenegro unabhängig, da es als einziger Nachfolgestaat freiwillig im Staatenverbund mit Serbien geblieben war. Zunächst in der Bundesrepublik Jugoslawien, später in der Union Serbien-Montenegro. Das hat damit zu tun, dass viele Montenegriner sich als Teil der serbischen Nation betrachten - im Zensus von 2003 haben sich 32% als Serben bekannt - und jede Neubestimmung der politischen Nation als unfreiwillige Sezession betrachten.

Lange Zeit hatte es so ausgesehen, als ob weder Serbien noch die Europäische Union einer Änderung des Status quo zustimmen würden. Milo Djukanović, der starke und oft auch umstrittenen starke Mann Montenegros, dem die Verwicklung in das blühenden Schmuggelwesen in Montenegro vorgeworfen wird, zog sich nach dem Unabhängigkeitsreferendum, das sein politisches Hauptziel gewesen war, aus der Politik zurück. Seit der Unabhängigkeit gab es zwei wichtige Ereignisse: im Herbst 2006 fanden Parlamentswahlen statt, die größtenteils entlang der Linie der Unabhängigkeitsbefürworter und -gegner entschieden wurden, Ausnahme war eine liberale Reformpartei, die auch dem Lager der ansonsten stramm nationalistischen Opposition angehört. Das Regierungsbündnis, das die

Unabhängigkeit Montenegros angestrengt hatte, konnte die Wahlen ein weiteres Mal für sich entscheiden, die Unabhängigkeitsgegner waren v.a. die Parteien mit einer serbisch-nationalistischen Ausrichtung (darunter die Nachfolgeparteien der von Milošević als montenegrinische Bruderpartei installierten Sozialisten sowie die serbische Liste).

Im Oktober 2007 gelang es Montenegro, sich weiter der Europäischen Union anzunähern, ein Stabilitäts- und Assoziierungsabkommen abzuschließen und damit eines der stärksten Unabhängigkeitsargumente, dass nur ohne den großen Bruder Serbien eine authentische Entwicklung Montenegros samt der Annäherung an die Europäische Union sowie die NATO möglich sei, zu verifizieren. Ansonsten bliebe man immer die Geisel Serbiens, müssten deren politischen Entscheidungen folgen, hätte aber aufgrund des Größenunterschieds kaum Möglichkeiten, sie zu beeinflussen. Die europäische Annäherung gelang auch deshalb, weil in der neuen Verfassung, der ersten eines unabhängigen Staates seit fast einem Jahrhundert, Fragen der Doppelstaatsbürgerschaft sowie der Gebrauch der Amtssprachen geregelt wurde. Viele Fragen des Reformprojektes in Montenegro bleiben aber offen: Korruption, die Verquickung von Politik und organisiertem Verbrechen, die Schwäche von Verwaltung und Rechtsstaatlichkeit und der starke Legitimitätsdruck aus Serbien.¹⁴ Im April 2008 fanden Präsidentschaftswahlen statt, die ersten seit der Unabhängigkeit Montenegros. Dabei wurde der bisherige Amtsinhaber Filip Vujanović im Amt bestätigt und so ein weiteres Mal die zentrale Rolle der montenegrinischen Reformsozialisten bestätigt.

Bosnien-Herzegowina

Bosnien-Herzegowina hat den längsten und tiefgreifendsten Krieg aller jugoslawischen Nachfolgestaaten erlebt, es war aufgrund seiner tri-nationalen Struktur neben der militärischen Bedrohung in einer Zeit der normativ

¹⁴ So wurde Montenegro von einem Berater des serbischen Premiers im Herbst 2007 als Quasistaat bezeichnet.

geltenden nationalen Homogenität¹⁵ auch das ideologisch bedrängteste politische System und hat als halbherziges internationales Protektorat auch die tiefgehendsten Nachkriegsprobleme. Diese sind nicht auf die „typischen“ Transformationsprobleme beschränkt, die andere Nachfolgestaaten durchmachen, sondern betreffen neben den ungeheuren Verwüstungen und dem hohen Blutzoll, der oft auch die sozialen Strukturen zerstört hat, die Staatlichkeit ebenso wie die Nation als politische Gemeinschaft.¹⁶ Das internationale Protektorat, das in Bosnien-Herzegowina mit dem Friedensschluss von Dayton errichtet wurde, hat seine Zuständigkeiten in einer ersten Phase über die zentralen Sicherheitsfragen hinaus nur wenig ausgedehnt und die im Krieg errichteten politisch-administrativen Strukturen unangetastet gelassen. Das bedeutete u.a., dass die Kriegsgrenzteilung in Republika Srpska und Föderation aufrecht blieb, Kriegsverbrecher und andere Kriegsgewinnler ihre politischen und ökonomischen Monopole teils auch über die Legitimierung durch freie Wahlen ausbauen konnten und die hauptsächlichen Probleme Bosnien-Herzegowinas unangetastet blieben. Da Bosnien-Herzegowina überdies international administriert wird, ergibt sich so insgesamt das bizarre Bild, dass von außen „mitgeholfen“ oder auch nur zugelassen wird, den Zustand schwacher und zerrissener Staatlichkeit und auch „Gesellschaftlichkeit“ aufrechtzuerhalten. Nach der ersten Phase einer sehr passiven Administration durch den Hohen Repräsentanten, den obersten zivilen Verwalter, ist zumindest mit den letzten Vertretern auf diesem Posten und einem stärkeren Mandat durch das Peace Implementation Council (PIC) ein stärkerer Zugriff auf das regionale Machtgefüge und politische System erfolgt, aber immer wieder konterkariert durch lokalen Widerstand insbesondere der Republika Srpska (etwa gegen die Verlagerung von Kompetenzen von der Entitätsebene auf die gesamtstaatliche Ebene) und Wahlergebnisse, die den politische Absichten der internationalen Gemeinschaft zuwiderliefen, wenn etwa statt den international unterstützten

¹⁵ Siehe dazu auch Juan J. Linz, Staatsbildung, Nationsbildung und Demokratie, Eine Skizze aus historisch vergleichender Sicht in: Transit. Eine europäische Revue, Nr. 7, Frankfurt 1994

¹⁶ Ozren Žunec spricht hier vollkommen zu Recht von *societal losses*, vgl. Žunec, Ozren, Ethnic Rallying in Bosnia and Herzegovina: The Hobbsian Account, in: Sociological Imagination 36(1999)2/3, Special Issue: Bosnia and Sociology, S 100f.

multinationalen Parteien die national orientierten bis nationalistischen Parteien die Wahlen gewinnen. Darüber hinaus zeigt sich auch, dass es gerade, was unterschiedliche Akteure betrifft, ein unterschiedliches Bild davon gibt, wie Bosnien-Herzegowina aussehen soll. Während dabei europäischerseits ein Pluralismus an Haltungen, die nur geringe Intervention von außen voraussetzen, dominieren, von vorsichtigem Föderalismus bis zu Aufsplitterung, ist die amerikanische Haltung eher von starker Intervention zugunsten einer stark zentralisierten und politisch homogenen bosnischen-herzegowinischen Nation geprägt, wie sich an der bosnischen Verfassungsdiskussion gezeigt hat. Dazu kommt, dass die Europäische Union eine Annäherung Bosnien-Herzegowinas nur für den Fall relativ starker Staatlichkeit vorsieht, die unterschiedlichen Akteure in Bosnien dazu aber nicht zwingen will bzw. dies über das Druckmittel der Annäherung verfolgt. So kommt es zur absurden Situation, dass die Polizeireform mit der Zielsetzung, die Entitätspolizeikräfte durch einen entitätsübergreifenden Polizeiapparats zu ersetzen und während die Auslieferung der flüchtigen Kriegsverbrecher von Gesamtbosnien erwartet wird und im Fall der Nichterfüllung bestraft wird, die Republika Srpska diese Forderungen aber ignoriert bzw. sich ihnen aktiv widersetzt kann, ohne Konsequenzen zu erfahren, etwa in Form der Androhung ihrer Auflösung.

Eine ähnliche Haltung verfolgt die RS in Bezug auf die NATO-Ambitionen Bosnien-Herzegowinas: Milorad Dodik hat die Abschaffung der ethnisch halbwegs integrierten Armee gefordert und stattdessen eine rein internationale Präsenz vorgeschlagen. Die Annäherung Bosniens an das transatlantische Bündnis, der Einsatz eines bosnischen Kontingents im Irak, die Mitgliedschaft an „Partnership for Peace“ und die Beteiligung am „Individual Partnership Action Plan“ der NATO sieht die Republika Srpska als eine Schwächung seiner neutralistischen und mit der Unterstützung Serbiens (und wohl auch Russlands) rechnenden politischen Strategie.

Da die Aufrechterhaltung der Entität samt Anschlussplänen an Serbien den Politikern der Republika Srpska wichtiger ist als der EU-Beitritt Bosniens bzw. die Auflösung dieses Gesamtstaates ohnehin die eigentliche politische Option

ist, laufen hier Versuche der EU „mit der Karotte zu drohen“, ins Leere. Dies zeigte sich besonders letzten Herbst, als die geplanten Reformen des aktuellen (und letzten ?) Hohen Repräsentanten, Miroslav Lajčak, vom einstigen Hoffnungsträger einer moderaten Republika Srpska und jetzigen starken Mannes, Milorad Dodik, offen abgelehnt wurden. Mit Hilfe populistischer Demonstrationen, wie sie einst zum politischen Arsenal Slobodan Milošević zählten stellte sich Dodik gegen Lajčak und drohte mit der Obstruktion aller zentralen Institutionen. Um seinen Drohungen mehr Gewicht zu verleihen, reiste er auch nach Belgrad, um sich dort nicht nur mit dem serbischen Ministerpräsidenten Koštunica, sondern auch mit dem stellvertretenden russischen Vizeaußenminister Titov, dem Verbindungsmann Russlands zu Serbien, zu treffen. Damit wurde der europazentrierte, bosnische Reformprozess endgültig zum Spielball geopolitischer russischer Großmachtambitionen.

Die internationale Gemeinschaft hat auf diese nach wie vor prekäre (sicherheits-) politische Lage damit geantwortet, dass sie im November 2007 das Mandat der EU-Friedenstruppe EUFOR nochmals für 12 Monate verlängert und die zuvor in betracht gezogene Reduktion der Truppenstärke von 6.000 auf 2.500 Mann nicht durchgeführt hat. Im Februar 2008 beschlossen die Vertreter des PIC den Hohen Repräsentanten auf unbestimmte Zeit im Land zu lassen.

Trotzdem scheint sich die Lage wieder zu entspannen: auf dem NATO-Gipfel von Bukarest im März 2008 wurde Bosnien-Herzegowina gemeinsam mit Montenegro zum „intensivierten Dialog“ mit der NATO eingeladen und so ein weiterer Annäherungsschritt gesetzt. Und nachdem es im April 2008 nach jahrelangen Bemühungen doch noch gelungen ist, eine wenn auch verwässerte Polizeireform zu implementieren, konnte auch Bosnien-Herzegowina im Juni 2008 ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen

mit der Europäischen Union abschließen. Es steht jedoch zu befürchten, dass dies nur Tünche auf den strukturellen Problemen Bosnien-Herzegowinas ist.¹⁷ Welche Rolle die Wahl Barack Obamas zum neuen amerikanischen Präsidenten und dessen Ernennung von Hillary Clinton zur amerikanischen Außenministerin und von Senator Biden zu seinem Vizepräsidenten bei der Stabilisierung Bosnien-Herzegowinas spielen wird, bleibt abzuwarten. Es war Joseph Biden, der in der Formulierung der Bosnienpolitik des damaligen Präsidenten Clinton eine Schlüsselrolle spielte und sich aktiv für ein stärkeres amerikanisches Engagement zur Beendigung des Krieges in Bosnien einsetzte.

Kosovo

Nach den Parlamentswahlen im Kosovo im November 2007, die einen Sieg der PDK unter Hashim Thaçi brachte, ist im Jänner 2008 eine große Koalition zwischen den beiden großen politischen Blöcken, PDK und LDK (der Partei der einstigen zentralen politischen Figur des Kosovo, des verstorbenen Präsidenten Ibrahim Rugova) gebildet worden.¹⁸ Wie sehr damit die politische Macht paritätisch aufgeteilt wurde, zeigt sich unter anderem darin, dass dem Regierungschef Thaçi der vom Parlament parallel zu den Regierungsverhandlungen gewählte Präsident Fatmir Sejdiu (LDK) gegenübersteht. Die Vereinigung der großen politischen Parteien in der Regierung oder, besser gesagt, die Aufteilung ihrer Macht, und wahrscheinlich auch das Wahlergebnis hat sicherlich in erster Linie mit der Lösung der Statusfrage zu tun. Der albanische Teil der Bevölkerung des Kosovo war einheitlich für die rasche Anerkennung des Kosovo als unabhängiger Staat und hat dies gegen nicht geringen internationalen Widerstand umzusetzen dem ehemaligen Guerillaführer Thaçi eher zugetraut als seinem politischen Konkurrenten.

¹⁷ Vgl. Solveig Richter, Das Ende einer Odyssee in Bosnien-Herzegowina, SWP Aktuell 41, Mai 2008

¹⁸ Der Regierung gehören u.a. auch drei Minderheitenvertreter sowie zwei Frauen an.

Was die serbische Minderheit im Kosovo angeht, so zeigt sich ein weiteres Mal, dass ihre politische Orientierung weiterhin auf Belgrad ausgerichtet ist. In einer vor Erklärung der Unabhängigkeit durchgeführten Umfrage sprachen sich 80% der Kosovoserben dafür aus, dass der Kosovo der Souveränität Serbiens unterstehen sollte. Für den Fall, dass der Kosovo unabhängig wird, sprachen sie sich für die Entsendung serbischer Truppen in den Kosovo aus. Überhaupt einen Fortschritt in der Entwicklung eines Prozesses der politischen Nationsbildung zu sehen, die auch von der serbischen Minderheit mitgetragen wird, ist schwer. Es bleibt jedoch zu vermerken, dass an der neuen Regierung auch zwei serbische Minister beteiligt sind, einer davon in der einflussreichen Position des Ministers für Arbeit und Soziales.

Die Unabhängigkeitserklärung des Kosovo im Februar 2008 setzte einen Prozess der Anerkennung durch die Internationale Gemeinschaft in Gang, der noch lange nicht, wenn überhaupt, abgeschlossen sein wird.¹⁹ Mittlerweile anerkennen 49 von 192 Staaten der UN den Kosovo²⁰, zwar sind darunter so wichtige wie die USA, Kanada und Australien und die größten und die meisten der EU-Mitgliedstaaten. Dennoch spaltet die Anerkennungsfrage die Union auch, wenn auch nicht in dem von vielen zunächst vermuteten Ausmaß: so anerkennen alte und neue EU-Mitglieder wie Spanien und Griechenland, die Slowakei und Rumänien den Kosovo bislang nicht und selbst der Nachbarstaat Bosnien-Herzegowina hat den neuen Staat noch nicht anerkannt. Sie alle werden dies aller Voraussicht nach aus unterschiedlichen Gründen auch mittelfristig nicht tun. Bislang ist der Kosovo auch nicht Mitglied einer internationalen Organisation und Serbien versucht mit tatkräftiger Hilfe Russlands alle diplomatischen Register zu ziehen, um wenigstens der weiteren Anerkennung des Kosovo Einhalt zu gebieten.

Im Juni 2008 wurde eine neue Verfassung angenommen, die eine multiethnische Gesellschaft und Menschen- und Minderheitenrechte garantiert. Doch auf der politisch-praktischen Ebene gibt es Entwicklungen, die für eine Isolierung des Kosovo und einer Schwächung seiner neuen

¹⁹ Der Widerstand der Großmächte und Sicherheitsratsmitglieder Russland und China ist dafür bezeichnend

²⁰ Stand Oktober 2008

nationalen Institutionen sprechen: Mitrovica ist nach wie vor eine geteilte Stadt, der Nordkosovo nach wie vor nicht territorial integriert und könnte à la Georgien von einer schleichenden Abspaltung betroffen sein. Seit Juni gibt es ein von der politischen Führung der Kosovoserben ausgerufenes serbisches Parallelparlament im Kosovo und nach wie vor erhalten die Kosovoserben tatkräftige finanzielle und politische Unterstützung aus Serbien. Wie sich der Kosovo unter solchen Bedingungen als politisches System weiterentwickeln wird, ist unklar. Wie wird sich ein normales politisches Leben einstellen, wenn ein Teil der Bevölkerung genau den Staat ablehnt, den der andere Teil der Bevölkerung als einzig legitimen eigenen Staat ansieht und das mit einem mächtigen Nachbarstaat im Rücken, der diesen Staat ebenfalls ablehnt und ständig mit Intervention und Rückeroberung droht? Kein Wunder, dass die serbische Minderheit, die noch dazu im Norden des Kosovo durch den Krieg von 1998/99 die ethnischen Mehrheitsverhältnisse zu ihren Gunsten verändert hat, als fünfte Kolonne Belgrads betrachtet wird und dies wiederum ihre latente Gefährdung hervorruft.

Wie die Europäische Union, die die UN als Supervisor des neuen Staates ablösen soll und in dieser Frage selbst ohne Konsens ist, seiner Rolle gerecht werden kann, ist eine offene Frage, die weit über den Kosovo hinaus das Selbstverständnis der EU als europäischer kollektiver Akteur in ihrem Innersten berührt.

Mazedonien

Mazedonien hat sich aus seiner politischen Isolation, in die es v.a. durch seine gespannten Beziehungen zum Nachbarn Griechenland²¹ gelangt war, zwar sukzessive befreit, das mazedonisch-griechische Verhältnis ist aber immer

²¹ Im Grunde genommen sind aber auch die Beziehungen zu den Nachbarn Bulgarien - aufgrund der erst kürzlich aufgegebenen Behauptung Bulgariens, bei der mazedonischen Sprache würde es sich eigentlich um Bulgarisch handeln - und Serbien - wegen des Streites um die Schaffung einer autokephalen mazedonisch-orthodoxen Kirche - immer noch gespannt.

noch das hauptsächliche Hindernis für eine Normalisierung Mazedoniens, zumindest in außen- und regionalpolitischer Hinsicht. Kaum ist der Streit um die mazedonische Flagge gelöst, und haben die USA, Russland, China und die Türkei Mazedonien unter dem Namen Republik Mazedonien und nicht „Former Yugoslav Republic of Macedonia“ (FYROM) anerkannt, obstruiert Griechenland offen die Mitgliedschaftsanträge Mazedoniens an die EU und die NATO wegen der Namensfrage. Bilaterale Verhandlungen zwischen Mazedonien und Griechenland unter Vermittlung der UN dazu sind noch immer im Gange, blieben bislang aber erfolglos. Alle Kompromissvorschläge wurden zurückgewiesen, wobei hier Griechenland nicht nur der kompromisslosere der beiden Streitparteien ist, sondern wegen seiner Position als Mitglied in NATO und der Europäischen Union auch am längeren Ast sitzt. Dazu kommt, dass 2009 in Griechenland Wahlen stattfinden werden, was die Namensfrage wiederum zu einem wichtigen Wahlkampfthema der griechischen Innenpolitik machen wird.²² Das regionale und lokale Destabilisierungspotential eines solchen Verhaltens kann dabei gar nicht groß genug eingeschätzt werden. Auch die Tatsache, dass es für eine solche außenpolitische Taktik keinerlei Sanktionen zu fürchten gibt, ist bedenklich. Es ist im Gegenteil vielmehr so, dass kollektive Organisationen in bilateralen Fragen, die zu europäischen oder internationalen Problemen hochstilisiert werden, wegen der Veto-Drohung einzelner Staaten unter Druck gesetzt werden können und sich deren nationalen Interessen unterordnen müssen.²³

²² Damit zeigt sich ein weiteres Mal wie antagonistisch solche Konflikte sind und wie schwer sie daher auf der Basis eines politischen Kompromisses gelöst werden können, stehen doch auch die jeweiligen nationalen Öffentlichkeiten hinter „ihren“ nationalen Interessen.

²³ So scheint im Falle der griechisch-mazedonischen Auseinandersetzung bezogen auf NATO und EU der Schwanz mit dem Hund zu wedeln. Ein ähnliches Beispiel ist der slowenisch-kroatische Konflikt um die gemeinsame Meeresgrenze. Auch hier wird ein bilateraler Konflikt zu einem EU-europäischen umgedeutet und damit ein politischer Präzedenzfall, der sogar die slowenische EU-Präsidentschaft 2008 überschattete. Die sensible Grenze zwischen EU-Vollmitgliedschaft und Kandidatur bekommt hier einen gegenüber konventionell sicherheitspolitischer Lesart unvermutet destabilisierenden, zusätzliche Unsicherheit produzierenden Charakter. Die Bedeutsamkeit der Grenze des europäischen Integrationsprozesses, die *insider* und *outsider* möglicherweise auf Dauer voneinander trennt und hier einen neuen Graben schafft, betont auch Jacques Rupnik in seinem Beitrag, Eastern Europe: The International Context, in: Journal of Democracy 11(April 2000)2, S 128.

Seit der Krise 2001 und dem daran folgenden Abschluss des Abkommens von Ohrid hat sich das Verhältnis sowohl zum Kosovo wie auch zur eigenen albanischen Minderheit stark verbessert. Standen 2001 und in den Jahren danach Pläne ethnischer Säuberung bzw. eines euphemistisch zivil genannten Transfers von Menschen und Siedlungsgebieten im Raum, ist die albanische Minderheit heute in allen wesentlichen Institutionen des mazedonischen Staates, auch des Sicherheitsapparates, integriert – eines der Ziele des Abkommens von Ohrid wurde damit erfüllt. Der Versuch einen zentralen Punkt des Abkommens, eine Gemeindereform mit Hilfe eines Referendums zu kippen, ist den mazedonischen Hardlinern hingegen nicht gelungen. Ende 2005 wurde Mazedonien dafür von der Europäischen Union mit dem Kandidatenstatus belohnt und erwartet die Einladung zur NATO-Mitgliedschaft, nimmt es doch auch mit einem Kontingent an den Einsätzen der NATO in Afghanistan und im Irak teil.

Freilich versucht die NATO, wie auch die EU, Mazedonien zu einer stärkeren Betonung des innenpolitischen Reformprojektes zu bringen. Wiederholt warnten sowohl der Chef der NATO wie auch der für die Erweiterung der EU zuständige Kommissar davor, wenn Mazedonien nicht eine bessere Performance in Sachen Korruptionsbekämpfung, Rechtsstaatlichkeit und Sicherheitssektorreform vorweisen könnte, könnte das seine Chancen auf Mitgliedschaft empfindlich vermindern.

2006 fand in Mazedonien ein wichtiger politischer Wechsel statt: in den Parlamentswahlen wurden die Sozialdemokraten von der VRMO-DPMNE abgelöst, die mit einigen kleineren mazedonischen Parteien und mit der Demokratischen Partei der Albaner (PDSH) die Regierung bildete. Später wurde noch eine kleinere Albanerpartei – die Partei des Demokratischen Wohlstandes (PPD) - in die Regierung aufgenommen. Ein Coup gelang der Regierung, in dem sie ein Übereinkommen mit der stärksten aber nicht in der Regierung befindlichen Demokratischen Union der Integration (BDI) abschloss, so ihre albanischen Regierungspartner schwächend und damit gleichzeitig die albanische Minderheit und ihre politischen Repräsentanten in Schach haltend. Das Ausscheiden des Demokratischen Partei der Albaner

aus der Regierungskoalition wegen der Weigerung der Regierung den Kosovo anzuerkennen, sowie der mangelnden Umsetzung des Reformpakets zur Stärkung der albanischen Minderheit führte zunächst zu einer Minderheitsregierung, im Juni 2008 aber zu vorgezogenen Neuwahlen, die ein weiteres Mal von der VRMO-DPMNE mit absoluter Mehrheit zu ihren Gunsten entschieden wurde. Die Demokratische Partei der Albaner regiert ein weiteres Mal als kleinerer Regierungspartner mit. Trotz dieses Erfolgs in Sachen politischer Stabilität blieb Mazedonien ein weiterer außenpolitischer Erfolg verwehrt, der bezeichnend für seine sensible geopolitische Lage ist: Anders als sein Nachbar Albanien und Kroatien wurde es am Gipfel in Bukarest nicht zu Mitgliedsverhandlungen mit der NATO eingeladen. Den Träumen einer NATO-Mitgliedschaft bereitete das griechische Veto ein jähes Ende.

Albanien

Albanien gilt trotz aller innenpolitischen Probleme als Stabilisierungsfaktor in der Region, in erster Linie weil es in der Kosovofrage stets eine Politik des Stillhaltens und des *low profile* verfolgte. Trotz der prinzipiellen Unterstützung der Unabhängigkeit des Kosovo und der albanischen Minderheit in Mazedonien engagierte sich Albanien immer nur politisch sehr vorsichtig und militärisch überhaupt nicht und vermied jede tiefer gehende nationalistische Mobilisierung mit der albanischen Frage. Das war einer der Gründe, warum von Seiten der Europäischen Union und von Seiten der NATO eine Mitgliedschaft Albaniens positiv gesehen wird. Albanien schloss im Februar 2006 ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens mit der Europäischen Union und wird zusammen mit Kroatien aller Voraussicht nach 2009 der NATO beitreten.

Probleme Albaniens ergeben sich in erster Linie aufgrund schwach ausgeprägter innerstaatlicher Institutionalisierung und eines stark bipolaren, wenig pluralistischen politischen Systems. Zwei starke Lagerparteien sichern

sich abwechselnd und ausschließlich die Staatsmacht. Waren es lange Zeit die eher im Süden Albaniens dominanten Sozialisten, die an den Schalthebeln der Macht saßen, kam es bei den Parlamentswahlen 2005 zum Machtwechsel – der im Norden Albaniens präferierte Führer der Demokratischen Partei, Sali Berisha, wurde der neue Premierminister. War Sali Berisha mit Versprechungen, er werde die grassierende Korruption und Vetternwirtschaft im Lande beseitigen, an die Macht gekommen, waren es seit seinem Machtantritt seine eigenen Minister wie der Minister für Justiz, der albanischer Außenminister sowie der albanischer Chefankläger, die unter Korruptionsverdacht gerieten und zurücktreten mussten. Das mag einer der Gründe dafür sein, dass die Demokratische Partei die Lokalwahlen im Februar 2007 verlor. Da die etwa gleich starken Parteien einander fast bei jeder politischen Entscheidung aushebeln können, war die Bestellung des neuen Präsidenten durch das Parlament Grund für die nächste der zahlreichen politischen Krisen Albaniens. Monatelang war diese Wahlentscheidung von einer Pattsituation zwischen Sozialisten und Demokraten gekennzeichnet. Erst Ende 2007 gelang es endlich, einen neuen Präsidenten zu küren und damit ungewohnte Bewegung in das albanische Parteiensystem zu bringen. Der langjährige Führer der Sozialistischen Partei und ehemalige Ministerpräsident, Fatos Nano, wurde wegen parteischädigenden Verhaltens ausgeschlossen, da er nicht bereit war, den Kandidaten der eigenen Partei gegen den Kandidaten der Demokraten zu unterstützen. Er gründete daraufhin eine eigene Partei, die dem Kandidaten der Demokraten, Topi, zur notwendigen Mehrheit verhalf.

Das Jahr 2008 im Rückblick

I) Zentrale Ereignisse des Jahres

❖ Erklärung der Unabhängigkeit des Kosovo im Februar 2008

Es folgt eine Welle der Anerkennung durch die wichtigsten Mitglieder der G7 und der Europäischen Union. Auch die Nachbarstaaten des Kosovo anerkennen ihn schließlich. Ausnahmen bleiben Serbien und Bosnien-Herzegowina wegen der Weigerung der bosnischen Serben. International wichtige Gegner der Anerkennung sind neben Serbien Russland, das mit Serbien eine wichtige strategische Partnerschaft verbindet, sowie in Europa die alten EU-Mitglieder Griechenland und Spanien, sowie die neuen Mitgliedsländer Slowakei und Rumänien.

❖ NATO-Gipfel in Bukarest im März 2008

Auf den ersten Blick ist der NATO-Gipfel im Frühjahr dieses Jahres ein weniger spektakuläres Ereignis als etwa die Karadžić-Festnahme bzw. ein weniger umstritteneres als die Unabhängigkeit des Kosovo. Langfristig die Stabilität der Region sichernd und zur Stabilitätsproduktion durch eigene Sicherheitsleistungen beitragend, ist aber der nun in unmittelbare Nähe gerückte Vollbeitritt von Kroatien und Albanien. Und er findet bemerkenswerter Weise im Unterschied zu den immer komplizierter werdenden und immer mehr Voraussetzungen verlangenden Beitrittsansuchen zur Europäischen Union auf schnelle und unkomplizierte Weise statt. Das hat viel mit dem vorrangigen Ziel der NATO zu tun, der kollektiven Verteidigung und mit der sehr aktiven Rolle der USA, die die sicherheitspolitische Einbindung aller europäischen Staaten in das transatlantische Bündnis anstrebt, egal ob diese Länder in der Europäische

Union sind oder nicht.²⁴ Aber auch damit, dass die neuen Mitglieder bereits in die globale Rolle Europas bei der Friedenssicherung eingebunden und auch in Zukunft daran verstärkt beteiligt sein werden. Nur dadurch, dass sich die wichtigsten Mitglieder, die USA und Frankreich, nicht gegen das Veto Griechenlands stellen wollten, wurde der Beitritt Mazedoniens einstweilen hintangestellt.²⁵ Auf diesem Gipfel wurde aber auch zwei anderen Staaten der Region, Montenegro und wahrscheinlich in diesem Zusammenhang noch wichtiger dem von innen und außen in seiner Stabilität bedrohten Bosnien-Herzegowina, die verstärkte Zusammenarbeit mit der NATO in Form eines intensivierten Dialogs angeboten. Das ist umso wichtiger für die Region und die NATO, als Bosnien-Herzegowina und auch Montenegro an der äußeren Grenze und durch die serbische Bevölkerung innerhalb dieser beiden Staaten auch an der nach innen verschobenen Grenze zwischen den beiden Sicherheitszonen NATO und einer fluideren Zone russischer wie neutralistischer Sicherheitsgarantien liegen, hinter der weiter der hegemoniale Anspruch Serbiens steht.

- ❖ Ergreifung und Auslieferung von Radovan Karadžić an das Kriegsverbrechertribunal von Den Haag im Juli 2008

Für Außenstehende völlig überraschend, wird nach jahrelang erfolglosen Bemühungen der Internationalen Gemeinschaft in Serbien überraschend der Kriegsverbrecher Radovan Karadžić festgenommen, der mit Hilfe einer auf gefälschten Dokumenten beruhenden Identität jahrelang in Belgrad lebte. Ein Zusammenhang seiner Festnahme mit dem Regierungswechsel von einer europafeindlich-isolationistischen hin zu einer eher pro-europäische Regierung, die den EU-Beitritt Serbiens will, darf vermutet werden. Ebenso, dass die jahrelang aufrechterhaltene Fälschung der eigenen Biographie nicht

²⁴ Zum unterschiedlichen Selbstverständnis von NATO und Europäischer Union, auch und gerade in Sicherheitsfragen, in denen die NATO die Verkörperung von *hard security* ist und die EU der Agent von *soft security*, siehe dazu auch Heise, Volker, Die ESVP in den transatlantischen Beziehungen, SWP-Studie August 2007

²⁵ Frank Kupferschmidt, Vor dem NATO-Gipfel von Bukarest, SWP-Aktuell 22 März 2008, S 4

ohne Wissen und Mithilfe höchster politischer und geheimdienstlicher Stellen möglich war. Unklar ist jedoch, ob der Auslieferung von Karadžić, die von Ratko Mladić folgen wird oder ob die Vorleistungen gegenüber der Europäischen Union für den EU-Beitritt damit als vollständig erbracht betrachtet werden. Und zwar sowohl von Seiten des möglichen Kandidaten, als auch von Seiten der Union und ihrer ohnehin manchmal schwer nachvollziehbaren Erweiterungsstrategie.²⁶ Die Wechselwirkungen zwischen der Erfüllung bestimmter Konditionen - der sogenannten Konditionalität des Vollbeitritts zur Europäischen Union – zu der die vollständige Zusammenarbeit mit dem Kriegsverbrechertribunal von den Haag zählt, ist ohnehin eine eher schwammig- diffuse und der jeweiligen Interpretation der Akteure überlassene Angelegenheit.²⁷

❖ Aktuelle Wahlen und Regierungsbildungen

vermögen eine Art Momentaufnahme der formalen politischen Situation zu zeigen und können mittel- bis langfristige Trends erkennen lassen. In **Kroatien** kommt es nach den Parlamentswahlen im November 2007 zur Neuauflage einer HDZ-geführten Koalitionsregierung. Ansonsten auffällig ist das zumindest momentane Verschwinden der rechten HSP (der Kroatischen Partei des Rechts) als einer politischen Kraft und damit eines Abbröckeln des rechten Randes in der Parteienlandschaft. In **Serbien** gibt es 2008

²⁶ Vgl. dazu Riegler, Henriette, Die Südosterweiterung der Europäischen Union zwischen Utopie und Realpolitik, unveröffentlichtes Manuskript Wien, 2005 Wien, Projektbericht des im Rahmen des europäischen BMWF-Programmes NODE entstandenen Projektes (Projektleiterin Henriette Riegler), sowie Zielonka, Jan, (ed.), The Paradoxes of European Foreign Policy, The Hague-London-Boston 1998 und Engelbrekt, Kjell, Multiple Asymmetries. The European Union's Neo-Byzantine Approach to Eastern Enlargement, in: International Politics 39(2002)1

²⁷ Das Vorliegen einer solchen vollständigen Zusammenarbeit beurteilt das Kriegsverbrechertribunal und gibt einen entsprechenden Bericht an die für den Beitritt zuständigen EU-Institutionen ab. Es gibt jedoch keinerlei interinstitutionelle Verbindlichkeit, was Inhalte und Sanktionsmöglichkeiten betrifft, so gesehen sind alle diesbezüglichen Entscheidungen arbiträr. Vgl. dazu auch, Schimmelfennig, Frank/ Engert, Stefan/Knobel, Heiko, The impact of political conditionality, in: Schimmelfennig, Frank/Ulrich Sedelmeier, Ulrich (eds.), The Europeanization of Central and Eastern Europe, Ithaca/N.Y., 2005

Präsidentenwahlen²⁸ und Parlamentswahlen, in denen sich die europafreundlichen Kräfte knapp durchsetzen. Knapp heißt im Falle der Präsidentenwahlen, dass es ein Kopf-an-Kopf-Rennen des alten und neuen Präsidenten, Boris Tadić, mit dem Gegenkandidaten der Radikalen Partei, Tomislav Nikolić, gibt. Bei den Parlamentswahlen und den monatelangen Verhandlungen über eine Regierungsbildung gibt es eine Art Blockade zwischen den rechts-nationalistischen und den liberaleren, europafreundlicheren Kräften. Aus diesem Grund ist die Demokratische Partei auch gezwungen, die Milošević-Nachfolgepartei, an deren demokratiepolitischem Verständnis berechtigte Zweifel herrschen, die aber bereits die Vorgängerregierung von Vojislav Koštunica duldet, als Koalitionspartner zu akzeptieren. In **Montenegro**, in dem zweifellos das Unabhängigkeitsreferendum das zentrale politische Ereignis der letzten Jahre darstellte, gewinnt ebenfalls der amtierende Präsident, der diesen Kurs symbolisiert, die Präsidentenwahlen. Die serbisch orientierten Parteien, die diesen Kurs ablehnen, können aufgrund ihres Zahlenverhältnisses diese Wahl nicht zu ihren Gunsten beeinflussen. In **Bosnien-Herzegowina** bringen die Lokalwahlen wenig Überraschendes: ein weiteres Mal festigen die nationalen Parteien ihre Stellung in den Gemeinden. Das ist insbesondere im Hinblick auf die Entwicklungen in der Republika Srpska (s.o.) ein zusätzlich beunruhigendes Zeichen des Scheiterns aller aktuellen (Re)Integrationsversuche. In **Mazedonien** gewinnt die VRMO-DPNME die wegen eines Konfliktes um die Anerkennung des Kosovo notwendig gewordenen Neuwahlen überzeugend und festigt ihre Regierungsmacht, während die sozialdemokratischen Postkommunisten es wieder nicht schaffen, an der Regierung beteiligt zu sein oder gar die Wahlen für sich zu entscheiden. Nach den Parlamentswahlen von 2007 kommt es 2008 im **Kosovo** erstmals zu einer großen Koalition zwischen PDK und LDK, die den kurz vor der Unabhängigkeitserklärung stehenden Kosovo eine Art Regierung der nationalen Einheit beschert.

²⁸ Bei den Präsidentenwahlen waren zwei Wahlrunden notwendig, da in der ersten Runde kein Kandidat die notwendige Mehrheit erhält.

Den regionalen Trend 2008, was die Regierungsbildung angeht, könnte man so als eine Phase der Stabilisierung etablierter Parteien und Regierungen bezeichnen. Nur in Serbien und dem Kosovo kam es zu einer Verschiebung des politischen Kräfteverhältnisses.

II) Der aktuelle Stand der EU- und NATO-Integration

Neben den aktuellen Ereignissen des heurigen Jahres macht es Sinn sich dem aktuellen Stand der längerfristigen Prozesse der Integration in die NATO- und die Europäische Union zu widmen. Das ist sozusagen ein Standbild im Laufe der Entwicklung, von dem aus dann mittel- bis langfristige Prognosen über die europäischen und transatlantischen Integrationsmöglichkeiten der untersuchten Staaten erstellt werden können. Freilich gibt es auch innerinstitutionelle Entwicklungen, die nichts mit der Erweiterungsperspektive der potentiellen Kandidatenstaaten zu tun haben, sie aber indirekt u.U. mehr betreffen als interne Integrationsprobleme und -fähigkeiten. Ein rezentes Beispiel wäre etwa die interne Krise der Europäischen Union nach dem irischen Nein zum Vertrag von Lissabon oder die sich insbesondere seit der zweiten Erweiterungsrunde 2007 entwickelnde Erweiterungsmüdigkeit innerhalb der Europäischen Union. Dies hat beides Konsequenzen für die Beitrittsperspektive der Staaten der Region, die aber nicht oder nur peripher von der Entwicklung in den Kandidatenstaaten selbst abhängig ist.

Nicht ganz so dramatisch ist die Lage hinsichtlich der NATO-Integration, die als militärisches Bündnisses erweiterungsorientierter und offener für neue Mitglieder ist als die Europäische Union. Das hat einerseits mit der militärischen Orientierung, den Kosten des Beitritts, denen der unsichere Sicherheitsgewinn gegenübersteht, aber auch mit der Tatsache der starken Rolle der USA zu tun, die an neuen Mitgliedern des transatlantischen Bündnisses sehr interessiert ist.

❖ EU-Annäherung (Stand 2008)

Kroatien ist bereits EU-Beitrittskandidat und führt seit 2005 auch offiziell Beitrittsverhandlungen. Der Abschluss der Verhandlungen ist 2009 möglich, wenn auch mangelnde Reformschritte bei der Modernisierung (Schiffsbau, Landwirtschaft etc.), die mangelnde Reform der Bürokratie und des Gerichtswesens sowie die Obstruktion mancher Kapitel durch ein slowenisches Veto und die wahrscheinlich von der Mafia verübten Morde der letzten Wochen die kroatischen EU-Ambitionen deutlich dämpfen könnten.²⁹

Mazedonien ist seit 2005 ebenfalls ein EU-Beitrittskandidat, jedoch noch nicht in der Lage, Beitrittsverhandlungen aufzunehmen. Das hat ähnlich wie in Kroatien mit einem Mix an eigenen Defiziten, aber auch einer bilateralen Blockadepolitik zu tun. Im Fall Mazedoniens ist es Griechenland, das die weitere Annäherung an die Europäische Union verhindert (siehe oben).

Albanien ist, wie alle anderen Staaten der Region, ein potentieller Beitrittskandidat³⁰ und hat, wie letztlich auch alle anderen Staaten der Region, mit der Europäischen Union 2006 ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen (SAA)³¹ unterzeichnet. Der potentielle Beitrittskandidat **Montenegro** hat ein solches 2007 unterzeichnet, **Serbien** im April 2008 und **Bosnien-Herzegowina** als letzter Kandidat im Juni 2008. Der neueste Staat in der Region, **Kosovo**, ist gemäß der UN-Resolution 1244 ebenfalls ein potentieller Beitrittskandidat, wird bei der Einleitung eines Annäherungsprozesses nach dem Modell der restlichen Staaten sicherlich einige Hürden zu überwinden haben. Trotzdem ist der Anschluss an den Rest des sogenannten Westbalkan in der zukünftigen „Südosterweiterung“ der Europäischen Union durchaus möglich.

²⁹ In diesem Kriminalfall beginnt sich jedoch bereits deutlich eine transnationale Dimension abzuzeichnen: einige Verdächtige im Fall der Ermordung des kroatischen Verlegers Ivo Pukanić gehören der serbischen Mafia mit ausgezeichneten Verbindungen zu serbischen Politikern an. Pukanić hatte sich besonders intensiv mit den Aktivitäten der serbischen Mafia und deren Nähe zum 2003 von ihr ermordeten serbischen Premier Zoran Djindjić beschäftigt.

³⁰ 1999 hat die Europäische Union im Gefolge des Kosovokrieges allen Staaten der Region die volle Beitrittsperspektive eröffnet.

³¹ Diese sind den Europa-Abkommen der in der Osterweiterung an die Union herangeführten Staaten nachempfunden, doch bedingen sie ungleich mehr Voraussetzungen.

Der regionale Trend des Jahres 2008 zeigt jedenfalls eine regional kohärentere Annäherung an die Europäische Union. Wenn man im Bild des Regattaprinzips, d.h. einer fortlaufenden Annäherung der Staaten in der Region nach ihren jeweiligen nationalen Fähigkeiten zur Integration bleibt, kann es zu einem Zusammenziehen des Feldes kommen, weniger vielleicht aufgrund der individuellen Erfolge als aufgrund des deutlich werdenden Wunsches der Union, keinen Staat in diesem Wettrennen den Anschluss verlieren zu lassen und den Abstand untereinander zu verringern.

❖ NATO-Annäherung (Stand 2008)

Kroatien ist dabei unter den drei Kandidaten der sogenannten Adriatischen Charter³², der am weitesten, nämlich bis kurz vor die aktive Vollmitgliedschaft in der NATO, gekommen ist, nämlich bis zur Ratifizierung des Mitgliedsvertrages durch die einzelnen NATO-Mitglieder. **Albanien** hat ebenfalls die Einladung zu Vollmitgliedschaft bereits erhalten³³, nur **Mazedonien** ist unter den Mitgliedern der Adriatischen Charter weit abgeschlagen: es bleibt bis auf weiteres nur mit dem Kandidatenstatus versehen, weil das NATO-Mitglied Griechenland wegen des Namensstreites ein Veto gegen die Aufnahme Mazedoniens eingelegt hat. **Bosnien-Herzegowina** hat dieses Jahr gemeinsam mit **Montenegro** die Einladung zum intensivierten Dialog mit der NATO in Form einer Beteiligung am *Individual Partnership Action Plan* erhalten und damit einen Schritt über die *Partnership for Peace*-Mitgliedschaft hinaus gemacht, die auch den Ländern offensteht, die zur Zeit oder auf längere Sicht aus prinzipiellen Gründen, etwa eines Neutralitätsvorbehaltes, keine Vollmitgliedschaft anstreben.³⁴ Ob und in welcher Form das für **Serbien** gilt, das Mitglied von *Partnership for Peace* ist, ist eine wohl noch für längere Zeit ungeklärte Frage. Die politischen Lager in

³² zusammen mit Mazedonien und Albanien

³³ Das 60jährige NATO-Jubiläum könnte dann bereits mit den beiden neuen Mitgliedern gefeiert werden, siehe dazu auch Frank Kupferschmidt, Vor dem NATO-Gipfel von Bukarest, SWP-Aktuell 22 März 2008

³⁴ So ist beispielsweise Österreich ebenfalls an *Partnership for Peace* beteiligt und verfügt damit auch über ein Sicherheitsabkommen mit der NATO.

Serbien, das serbische Parteienspektrum und sein Elektorat, sowie nicht zuletzt die strategische Allianz mit Russland, deuten auf jeden Fall wie bei der lange mehrheitlich anti-europäischen Haltung Serbiens eher in Richtung einer, wenn schon nicht NATO-feindlichen, so doch zumindest einer der NATO-Mitgliedschaft abholden formal neutralen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik.³⁵ In der Frage eines möglichen und wahrscheinlichen NATO-Beitritts des **Kosovo** sieht die Lage umgekehrt aus: zwar wäre der Kosovo politisch sicherlich nicht gegen eine NATO-Vollmitgliedschaft, ist vorderhand aber noch auf den Schutz und die Verteidigung durch die NATO, sprich die Präsenz der KFOR-Truppen, angewiesen.

Der regionale Trend des Jahres 2008 in Hinblick auf die Annäherung und die Integration in die NATO zeigt ein regional unterschiedlicheres Bild als im Falle der Integration in die Europäische Union, und zwar sowohl hinsichtlich des Tempos als auch der Intensität der einzelnen Staaten. Das ist umso bemerkenswerter, als es etwa im Falle der Osterweiterung der Europäischen Union eindeutig die NATO-Ambitionen der post-kommunistischen Transformationsstaaten waren, die ihnen parallel dazu auch die europäische Integration eröffnete. Es scheint, dass dies im Fall der Südosterweiterung anders ist. Und das ist im Grunde auch wenig verwunderlich: inspirierte die Angst vor Russland den Drang der neuen osteuropäischen Staaten in die NATO, erreicht das im Falle der Westbalkanstaaten v.a. die Angst vor Serbien, während Serbien selbst wie auch die Republika Srpska als sein stets anschlusswilliger Trabant für die Durchsetzung seiner territorialen (Sicherheits-)Interessen eher das russische Schutzschild bevorzugt.

³⁵ Genau dies ist auch die ideologische Position der Republika Srpska, was bei der unveränderten politisch-konstitutionellen Lage Bosnien-Herzegowinas dessen Ambitionen auf eine NATO-Mitgliedschaft auf Eis legen dürfte.

Regionale Situation und Szenarien

Der regionale Zugang ist, speziell was die Nachfolgestaaten des Ehemaligen Jugoslawien angeht, ein komplexer und oft widersprüchlicher. Zwar haben die Nachfolgestaaten³⁶ etwas Gemeinsames, sie kommen aus einem gemeinsamen politischen System, aus dem sie sich zunächst unmerklich, spätestens aber seit Ende der 80er Jahre und seit den Zerfallskriegen dramatisch gewaltsam und endgültig gelöst haben.³⁷ Dieser Prozess lässt sich mit einem Schneeball vergleichen, aus dem ab einem bestimmten Augenblick eine Lawine wird oder mit der langsamen Entfremdung zwischen Menschen, die in einer plötzlichen und gewaltsamen Abrechnung endet. Konfrontiert mit wohlmeinenden Versuchen zur regionalen Kooperation oder gar der aktiven Politik der Arbeit an der Herausbildung einer Region, so darf dabei auf die unmittelbare Vergangenheit und den Kontext, in dem der Zerfall stattgefunden hat, nicht vergessen werden.³⁸

Nun gibt es im Zusammenhang mit den Nachfolgestaaten des Ehemaligen Jugoslawien noch einen zu anderen europäischen Kooperationsprojekten, die in der Regel eine politisch authentischere Note haben, bedeutsamen

³⁶ Das dem sogenannten Westbalkan zugeschlagene Albanien fällt aus diesem Rahmen, weil ihm genau diese die Region konstituierende Schlüsselkomponente fehlt, nämlich eine im Kontext des ersten (1918-1941) und zweiten Jugoslawien (1945-1991) erworbene und gemeinsame Staatlichkeit. Es sei denn, man rechnet die im und nach dem Ende des 2. Weltkriegs von den damaligen kommunistischen Führungen überlegten bulgarischen-jugoslawisch-albanischen Pläne zu einer Balkanföderation zu den frühen regionalen Vereinigungsversuchen.

³⁷ Vergleiche dazu Riegler, Henriette (Ed.), Transformation Processes in the Yugoslav Successor States between Marginalization and European Integration, Baden-Baden 2000, Introduction.

³⁸ Von daher sind auch an ganz anderen historischen und regionalen Beispielen angelehnte Versuche subregionaler Kooperationsformen entweder aktiv zu unterstützen oder regionalistische Politiken und ihre Schwachpunkte analytisch unter die Lupe zu nehmen, mit Vorsicht zu genießen, siehe dazu Sophia Clément, Subregionalism in South Eastern Europe, in: Stephen C. Calleya (ed.), Regionalism in the Post-Cold War World, Aldershot/Burlington (Ver) 2000, S. 71. Clément stellt ganz richtig fest, dass die Kooperationsgewinne sich in Südosteuropa mehr auf Sicherheit und politische Stabilität beziehen als auf ökonomische Vorteile, aber genau diese Gewinne sind in der Region mehr als unklar. In Fällen rezenter Konflikte mit stark interner Komponente kommt es zu einem massiven Vertrauensverlust und dann scheint zumindest vordergründig Abgrenzung und Isolation mehr Sicherheit und Stabilität zu bringen als verstärkte Kooperation. Diese wird wiederum eher von den Akteuren mit dem Ziel einer stärkeren Durchdringung des gesamten Raumes angepeilt, die dafür militärisch oder diplomatisch bislang nicht in der Lage waren.

Unterschied. Die Europäische Union hat die regionale Kooperation zu einer Bedingung für die Annäherung der Staaten an die Union gemacht.³⁹ Zwischenstaatliche Kooperation ist ohnehin eine diffizile Angelegenheit besonders in schwachen Staaten, deren politische und territoriale Grenzen nicht unwidersprochen sind und die sich sicherheitspolitisch von den Nachbarn gefährdet sehen. Von außen aufgezwungene Kooperation führt in diesem Fall nicht zu einem Mehr an Kooperation, eher zu weniger tatsächlicher, sondern mehr vorgetäuschter Kooperation.⁴⁰

Regionale Brennpunkte bzw. Schwachpunkte, was die sicherheits- und stabilitätspolitische Lage betrifft, ist in erster Linie Serbien mit seinen verschwommenen und politisch ungeklärten Grenzen sowie auch seiner relativ starken anti-europäischen Einstellung sowie die schwache Kohäsion Bosnien-Herzegowinas und das nach innen noch immer schwach integrierte und von außen unter Druck gesetzte Mazedonien. Serbiens zentrale politische Position sowie seine demokratiepolitische Schwäche schwächt die stabilitäts- und demokratiepolitischen Potentiale der Nachbarn und trägt massiv zu deren beständiger Unsicherheit, was außen- wie innenpolitische Problemstellungen betrifft, bei. Ein nächster problematischer Punkt ist die immer wieder hinausgezögerte Lösung der Kosovofrage, die jetzt zumindest in die Phase der internationalen Anerkennung eingetreten ist. Langfristig-strukturell wird hier ein Unruheherd aber bestehen bleiben, weil Serbien den Kosovo kaum als einen normalen Nachbarstaat betrachten wird, noch weniger als es das mit Kroatien oder Montenegro macht, von Bosnien-Herzegowina ganz zu schweigen. Bosnien-Herzegowina „leidet“ dabei aber nicht nur an der oft nur zu klaren Einmischung des serbischen Nachbarn, sondern auch an seiner

³⁹ Dies war beispielsweise auch eine der Konditionen bei der 2004 und mit Rumänien und Bulgarien 2007 in eine zweite Phase tretenden Osterweiterung. Nur gab es in diesem Fall, außer der auch friedlich verlaufenden Auflösung der Tschechoslowakei, hier keine der Kooperation grundsätzlich entgegenstehende Bedingungen.

⁴⁰ So ist auch gerade die verstärkte Kooperation in Sicherheitsfragen, die bei den transnationalen Probleme in der Region auf der Hand liegen würde und auf die die Europäische Union besteht, weil so heikel mehr als umstritten, vgl. dazu Riegler, Henriette, *State Violence, State Weakness – Explaining the Plethora of Security Risks and Instabilities in South East Europe*, in: Philipp H. Fluri/Gustav E. Gustenau/Plamen I. Pantev (eds.), *The Evolution of Civil-Military Relations in South East Europe*, Heidelberg 2005.

eigene komplexen Staatsorganisation und einer (für immer?) geschwächten multinationalen Staatsidentität. Auch diese Probleme, die bislang von der internationalen Verwaltung überdeckt oder ihr zu Unrecht gänzlich zugerechnet werden, werden kurz- bis mittelfristig nicht verschwinden. Bleibt noch die unklare und schwache staatliche Identität Mazedoniens, das oft mehr durch ihr feindlich gesinnte Nachbarn und den großen Vertrauensvorsprung der Internationalen Gemeinschaft und der Europäischen Union als seine eigene Stärke zusammengehalten zu werden scheint.

Stabilitätsfaktoren in der Region sind Kroatien, das den Schritt in die zwei stabilitätssichernden „Clubs“ NATO und EU zu schaffen scheint und gleichzeitig seine territorialen Ambitionen auf Bosnien-Herzegowina aufgegeben hat, sowie die sich neu herausbildende Staatlichkeit des Kosovo, die die lang andauernde Unsicherheit über dessen endgültigen Status beendet. Die stabilitäts- und sicherheitspolitisch positive Rolle der Beitrittsangebote zu NATO und EU kann dabei gar nicht hoch genug eingeschätzt werden, ist aber andererseits kein Selbstläufer, sondern stark von den Anschlussmöglichkeiten abhängig, die im eigenen politischen System und der eigenen Gesellschaft dafür angelegt sind. Jeder einzelne Kandidat kann dieses Stabilitäts- und Reformangebot also nur insofern nutzen, als er etwas damit anfangen kann und imstande ist, dafür eigene Potentiale zu nutzen. Es scheint generell so zu sein, dass die politische und gesellschaftliche Bereitschaft dabei eine größere Rolle spielt als instrumentelle, institutionelle oder ökonomische Potentiale.

Für die Internationale Gemeinschaft bedeutet dies, ihre Chance Erneuerungs- und Transformationspotentiale anzustoßen, hoch zu schätzen, wie es ihr auch klar sein muss, dass blindes oder mechanisches *political engineering* keine oder eine andere als die gedachte und angestrebte Wirkung haben wird.

Ein Stabilitätsszenario wäre das der zunehmenden Einschränkung von Unsicherheit und Destabilisierung durch eine gelungene *Europäisierung* und *Transatlantisierung* der Staaten des sogenannten Westbalkans, das den

eigenen Potentialen und der eigenen Geschwindigkeit der Staaten im Transformationsprozess folgt und sie soweit wie möglich erhöht, aber sie auch nicht überlastet. Je nachdem, wie erfolgreich eine solche Strategie verläuft, würde die Region Zug um Zug die Mitgliedschaft in NATO und EU erreichen und damit und mit seinen jeweils eigenen Politiken zur Stabilitätszone. Dabei ist schon jetzt sichtbar, wie die jahrelangen Empfänger von Sicherheit und Stabilität in ihren Auslandseinsätzen durchaus auch zu Sicherheitsproduzenten werden können.⁴¹

Verschlimmerte und verstärkte sich hingegen die Mobilisierung in den Brenn- und Unsicherheitszonen wie oben beschrieben in einer Mischung aus außenpolitischem und innenpolitischem Konfliktpotential, wäre dessen neuerliche gewaltsame Entladung durchaus wahrscheinlich. Ob die europäische und transatlantische Sicherheitsarchitektur besser für diesen Krisenfall vorbereitet wäre, als sie dies vor mehr als einem Jahrzehnt war, sei dahingestellt. Aber sogar wenn dieses *worst case scenario* niemals Wirklichkeit wird, sondern sich die demokratische Schwäche nur in aggressiver Außenpolitik und innenpolitischem Nationalismus innerhalb der Europäischen Union zeigte – wie sie das in ähnlichen Fällen innerhalb der Union bereits heute tut - wäre das für die Zukunft Europas noch beunruhigend genug, da hier neue unheilvolle anti-demokratische, faschistoide Allianzen möglich wären. Für Destabilisierung und nur oberflächliche und fragile Demokratisierung in einer Zone multinationaler und schwacher Staatlichkeit bei gleichzeitig starker Begehrlichkeit einzelner Staaten, was benachbarte Territorien und die oft zu schnell und in übertriebener Weise angemähte Schutzmachtfunktion „eigener“ Minderheiten angeht, ist so jedenfalls auf absehbare Zeit gesorgt.

⁴¹ Siehe dazu etwa die kroatische und mazedonische Teilnahme an den internationalen Missionen in Afghanistan und im Irak. Zukünftig wird es sicherlich auch zu einer verstärkten Regionalisierung bei der Stabilisierung der Westbalkan-Region kommen durch die neuen NATO-Mitgliedsstaaten kommen.

Verwendete Literatur

Beyme, Klaus, Systemwechsel in Osteuropa, Frankfurt am Main, 1994

Clément, Sophia, Subregionalism in South Eastern Europe, in: Stephen C. Calleya (ed.), Regionalism in the Post-Cold War World, Aldershot/Burlington(Ver) 2000

Engelbrekt, Kjell, Multiple Asymmetries. The European Union's Neo-Byzantine Approach to Eastern Enlargement, in: International Politics 39(2002)1

Heise, Volker, Die ESVP in den transatlantischen Beziehungen, SWP-Studie August 2007

Höpken, Wolfgang, Performing Violence. Soldiers, Paramilitaries and Civilians in the Twentieth – Century Balkan Wars, in: Alf Lüdtke/Bernd Weisbrod (eds.), No Man's Land of Violence. Extreme Wars in the 20th Century, Göttingen 2006

Krastev, Ivan, Facing the Political Risk in South Eastern Europe, in: Südosteuropa Mitteilungen 39(1999)2

Kupferschmidt, Frank, Vor dem NATO-Gipfel von Bukarest, SWP-Aktuell 22, März 2008

Linz, Juan J., Staatsbildung, Nationsbildung und Demokratie, Eine Skizze aus historisch vergleichender Sicht in: Transit. Eine europäische Revue, Nr. 7, Frankfurt am Main 1994

Richter, Solveig, Das Ende einer Odyssee in Bosnien-Herzegowina, SWP Aktuell 41, Mai 2008

Riegler, Henriette (Ed.), Transformation Processes in the Yugoslav Successor States between Marginalization and European Integration, Baden-Baden 2000

Riegler, Henriette, State Violence, State Weakness – Explaining the Plethora of Security Risks and Instabilities in South East Europe, in: Philipp H. Fluri/Gustav E. Gustenau/Plamen I. Pantev (eds.), The Evolution of Civil-Military Relations in South East Europe, Heidelberg 2005

Riegler, Henriette (Projektleiterin), Die Südosterweiterung der Europäischen Union zwischen Utopie und Realpolitik, unveröffentlichtes Manuskript, Wien 2005

Riegler, Henriette, Kroatien und Westlicher Balkan. Zur aktuellen Lage der Region, in: Friedrich Ebert Stiftung (Hg.), Blickpunkt Kroatien, Nr.2 Juli 2008

Rupnik Jacques, Eastern Europe: The International Context, in: Journal of Democracy 11(April 2000)2

Schimmelfennig, Frank/ Engert, Stefan/Knobel, Heiko, The impact of political conditionality, in: Schimmelfennig, Frank/Ulrich Sedelmeier, Ulrich (eds.), The Europeanization of Central and Eastern Europe, Ithaca/N.Y., 2005

Schneckener, Ulrich, (Hrsg.),Fragile Staatlichkeit. „States at Risk“ zwischen Stabilität und Scheitern, Baden-Baden 2006

Zielonka, Jan, (ed.), The Paradoxes of European Foreign Policy, The Hague-London-Boston 1998

Žunec, Ozren, Ethnic Rallying in Bosnia and Herzegovina: The Hobbsian Account, in: Sociological Imagination 36(1999)2/3, Special Issue: Bosnia and Sociology

Zürcher, Christoph, Gewollte Schwäche. Vom schwierigen analytischen Umgang mit prekärer Staatlichkeit, in: Internationale Politik 60(September 2005)9